

Der lange Weg nach Colombo

Indischer Ozean: Militärpräsenz und Abrüstungsbedarf

SYLVIE ELOURIMI

Die weltpolitische Entspannung zwischen den Supermächten hat bereits konkrete Schritte zum Abbau der militärischen Potentiale in Europa zur Folge gehabt – ein Prozeß, dessen Fortdauer und Verstetigung im Interesse der Völker in West- wie in Osteuropa (und insbesondere in dem der Deutschen, deren Staaten unterschiedlichen Militärbündnissen angehören) liegt. Ein wenig außerhalb des Gesichtsfeldes rückt dabei in der aktuellen Diskussion die Militärpräsenz der Großmächte (und auch von Mächten mittlerer Bedeutung) in anderen Weltregionen; die Frage, ob diese Präsenz dort politische Stabilität fördert oder vielmehr gefährdet, findet je nach Interessenlage und ideologischer Position unterschiedliche Beantwortung. Für den Indik – geographisch die Gewässer zwischen Afrika, Asien, Australien und der Antarktis, ökonomisch ein Bereich wichtiger Schifffahrtswege, politisch eine höchst heterogene Ansammlung großer und kleiner Insel-, Küsten- und Hinterlandstaaten – jedenfalls hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen bereits 1971 beschlossen, ihn »innerhalb noch festzulegender Grenzen mit dem Luftraum über ihm und dem Meeresboden unter ihm« zu einer »Friedenszone« zu bestimmen. War das Konzept schon nicht unumstritten, so schieden sich die Geister erst recht an seiner Konkretisierung.

Bestimmungsfaktoren des Abrüstungswillens

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die seit vielen Jahren geplante Konferenz der Vereinten Nationen über den Indischen Ozean tatsächlich im kommenden Jahr in der srilankischen Hauptstadt Colombo zusammentreten wird. Der Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean (Zusammensetzung: S.108 dieser Ausgabe), der mit den Vorarbeiten für diese Konferenz betraut ist, ist zuletzt vom 10. bis 14. April 1989 in New York zusammentreten, und eine weitere Tagung ist für den 5. bis 19. Juli vorgesehen.

Die Schaffung einer Zone des Friedens in dem Gebiet muß »als ein Bestandteil des weltweiten Abrüstungsprozesses« angesehen werden – so haben es am 30. März Delegierte der Mitgliedstaaten des Ad-hoc-Ausschusses ausgedrückt, die sich in Sotchi am Schwarzen Meer zu einem Seminar im Rahmen der Weltabrüstungskampagne der Vereinten Nationen getroffen hatten. An dieser Veranstaltung nahmen zum ersten Mal die Repräsentanten von Nichtregierungsorganisationen, von Forschungsinstituten sowie amerikanische und sowjetische Persönlichkeiten teil. Sie gaben dem Wunsch nach einer Wiederaufnahme der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über den Indischen Ozean, die 1978 von den Vereinigten Staaten unterbrochen worden sind, Ausdruck und waren der Meinung, daß eine Wiederaufnahme dieser Verhandlungen zur Vertrauensbildung in dieser Weltgegend beitragen würde. Weiterhin äußerten sie die Hoffnung, daß die Diskussionen über die Errichtung der Friedenszone Indischer Ozean vom selben Geist der Zusammenarbeit geprägt sein sollten, von dem die beiden Großmächte geleitet sind, seitdem sie übereingekommen sind, einen Dialog über die Abrüstung und über die Beilegung zahlreicher Regionalkonflikte zu eröffnen.

Die Region des Indik hat in den letzten Jahren eine sehr große Zahl solcher regionaler Konflikte gesehen; die Stichworte lauten: Afghanistan, Nahost, Irak–Iran, Horn von Afrika und Südafrika (Apartheid im Innern, Destabilisierung Mosambiks nach außen). Doch haben die Abkommen vom 14. April 1988 über den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, ihre

getreue Respektierung durch die Sowjetunion (die sich im Abzug des letzten sowjetischen Soldaten aus diesem Land bereits vor dem vereinbarten Datum, dem 15. Februar 1989, manifestierte) sowie schließlich das Ende der Feindseligkeiten zwischen Irak und Iran am 20. August 1988 den Weg für eine gewisse Entspannung im Indischen Ozean bereitet. Diese Entspannung resultiert aus dem Vorrang, den Michail Gorbatschow der Modernisierung der Sowjetunion einräumt – mit der Folge eines Nachlassens der militärischen Anstrengungen. Das Neue Denken in der Sowjetunion hat es ermöglicht, daß die Idee der Abrüstung Gestalt anzunehmen beginnt.

So hat die Entspannung mit den Vereinigten Staaten zur Unterzeichnung des Vertrages über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen am 8. Dezember 1987 in Washington geführt. Seitdem hat die Sowjetunion eine einseitige Reduzierung der konventionellen Streitkräfte angekündigt (gegen Ende des Jahres 1990 wird sich die tatsächliche Stärke der Sowjetarmee auf 3 760 000 Mann belaufen gegenüber 4 258 000 Mann im Januar 1989). Außerdem kündigte sie einen einseitigen Stopp der Produktion von angereichertem Uran zum militärischen Gebrauch an und bezeichnete dies als einen wichtigen Schritt hin zum Stopp der Produktion von spaltbarem Material für die militärische Nutzung. Dagegen hat die Sowjetunion im April 1989 damit gedroht, bei den Verhandlungen von Wien über die Schaffung eines sicheren Europa negativ zu reagieren, wenn die NATO auf ihrem Plan der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen kurzer Reichweite bestünde. Auf einem anderen Gebiet haben die Sowjets im Laufe der letzten Monate immer wieder erklärt, daß man von ihnen viele Konzessionen auf den Gebieten verlange, auf denen sie tatsächlich ein Übergewicht haben, wie etwa bei den Panzern und der Artillerie, während der Westen sich weigere, über die Bereiche seiner militärischen Vormacht, wie die Kriegsschiffe und die Kampfflugzeuge, zu sprechen.

Der hohe Preis, den die Sowjetunion für die Modernisierung ihrer Kriegsmarine hat zahlen müssen, scheint sie inzwischen zu einer Reduzierung der Ausgaben für die Marine veranlaßt zu haben, obwohl diese lange Zeit Vorrang genossen hat. In dem relativ kurzen Zeitraum von 1980 bis 1988 wurde die Flotte der nuklearen Angriffs-U-Boote um annähernd zwei Drittel des Bestands vermehrt. Es gilt festzuhalten, daß Moskau bereits be-

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Hans Arnold, geb. 1923, gehörte 1951–1986 dem Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland an, zuletzt als Ständiger Vertreter beim Genfer Büro der Vereinten Nationen.

Dr. Klaus Dicke, geb. 1953, ist Akademischer Rat am Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel.

Sylvie Elourimi, geb. 1953, ist seit 1984 Chefredakteurin des Informationsdienstes »La Lettre de l'Océan Indien« in Paris; mehrjähriger Aufenthalt im Mittleren Osten.

Dr. Rémy Gorgé, geb. 1923, Schweizer Jurist, stand 1948–1983 im Dienste der Vereinten Nationen, an deren Vermittlungsmissionen (insbesondere in der Mittelmeerregion) er mitwirkte.

geschlossen hatte, seine Flotte im Pazifik im Rahmen der vorhergesehenen Verminderung seiner Streitkräfte in der asiatisch-pazifischen Region zu reduzieren. Nach einer Aussage des ehemaligen Kommandeurs der Pazifik-Flotte, des Admirals im Ruhestand Nikolai Ameliko, sind bis zum März 1989 bereits 57 Schiffe der Pazifik-Flotte als Folge der Rede Gorbatschows von 1986 über den Frieden in Asien abgewrackt oder für die zivile Nutzung umgebaut worden. Wird sich im Indik etwas Ähnliches abzeichnen?

Auch die Vereinigten Staaten sind eigenen Zwängen unterworfen, die sie dazu veranlassen, die Karte der Abrüstung zu spielen. Die beträchtliche Erhöhung der Militärausgaben in den beiden Amtszeiten von Ronald Reagan (eine Steigerung von 30 Prozent zwischen 1981 und 1986) hat die Gefahren noch vergrößert, die die amerikanische Vormachtstellung insbesondere auf dem Wirtschaftssektor bedrohen; diese Tatsache beunruhigt einen wachsenden Teil der amerikanischen Geschäftswelt. Angesichts des nachlassenden Wachstums der Produktivität der amerikanischen Wirtschaft, der Zunahme des Haushaltsdefizits und der Auslandsschulden mußten die Amerikaner schließlich ihre Ausgaben einschränken und Abstriche an ihrem Programm des ›Kriegs der Sterne‹ sowie an der Modernisierung bestehender Waffensysteme machen.

Dennoch wird die Region des Indischen Ozeans wahrscheinlich auch weiterhin eine Zone starker Präsenz ausländischer Flotten bleiben, selbst wenn dies nicht mit einer scharfen Rivalität zwischen ihnen verbunden ist. Vor allem die Vereinigten Staaten scheinen trotz des sowjetischen Rückzugs aus Afghanistan nicht bereit zu sein, ihre Kräfte im Indik zu verringern. Die Zukunft dieses Landes am Hindukusch bleibt ungewiß. Seit der Unterzeichnung des Vertragswerks über eine politische Lösung des Afghanistankonflikts in Genf ist mehr als ein Jahr verstrichen, aber nichts deutet auf einen schnellen Zusammenbruch des pro-sowjetischen Regimes in Kabul hin, da die Kriegführenden nach wie vor von ihren jeweiligen Verbündeten ausreichend mit Waffen versorgt werden. Was den Bereich der Diplomatie angeht, so ist die Regierung der Mudschahedin lediglich von Saudi-Arabien, dem Sudan und Bahrain anerkannt worden, nicht jedoch von den Vereinigten Staaten oder von Pakistan, die beide ihre eventuelle Radikalisierung fürchten.

Auf der anderen Seite dürfte die jüngst erfolgte Bekräftigung der scharf anti-westlichen Haltung von Seiten Irans, die sich in der Verdrängung des als pro-amerikanisch abqualifizierten liberalen Flügels innerhalb des iranischen Regimes im April 1989, in den verbalen Ausfällen des bislang als gemäßigt eingeschätzten Parlamentspräsidenten Hajemi Rafsandjani und schließlich in den anti-amerikanischen Äußerungen des am 4. Juni zum neuen geistlichen Führer berufenen Staatspräsidenten Ali Khomeini ausdrückte, die Amerikaner dazu veranlassen, eine starke Präsenz im Golf aufrechtzuerhalten, um dort die Kommunikationswege zu verteidigen. Schon zuvor hatte die Krise im Golf vom Juli 1987 gezeigt, daß die Amerikaner bereit waren, für die Verteidigung der Schifffahrt im Golf mobil zu machen. Wenn auch nur drei bis fünf Prozent des von den Vereinigten Staaten importierten Rohöls aus dieser Gegend der Welt kommen, so passieren doch zwanzig Prozent des Rohöls der gesamten Welt, wovon der größte Teil für Verbündete der Amerikaner bestimmt ist, den Golf.

Das gegenwärtige Kräfteverhältnis

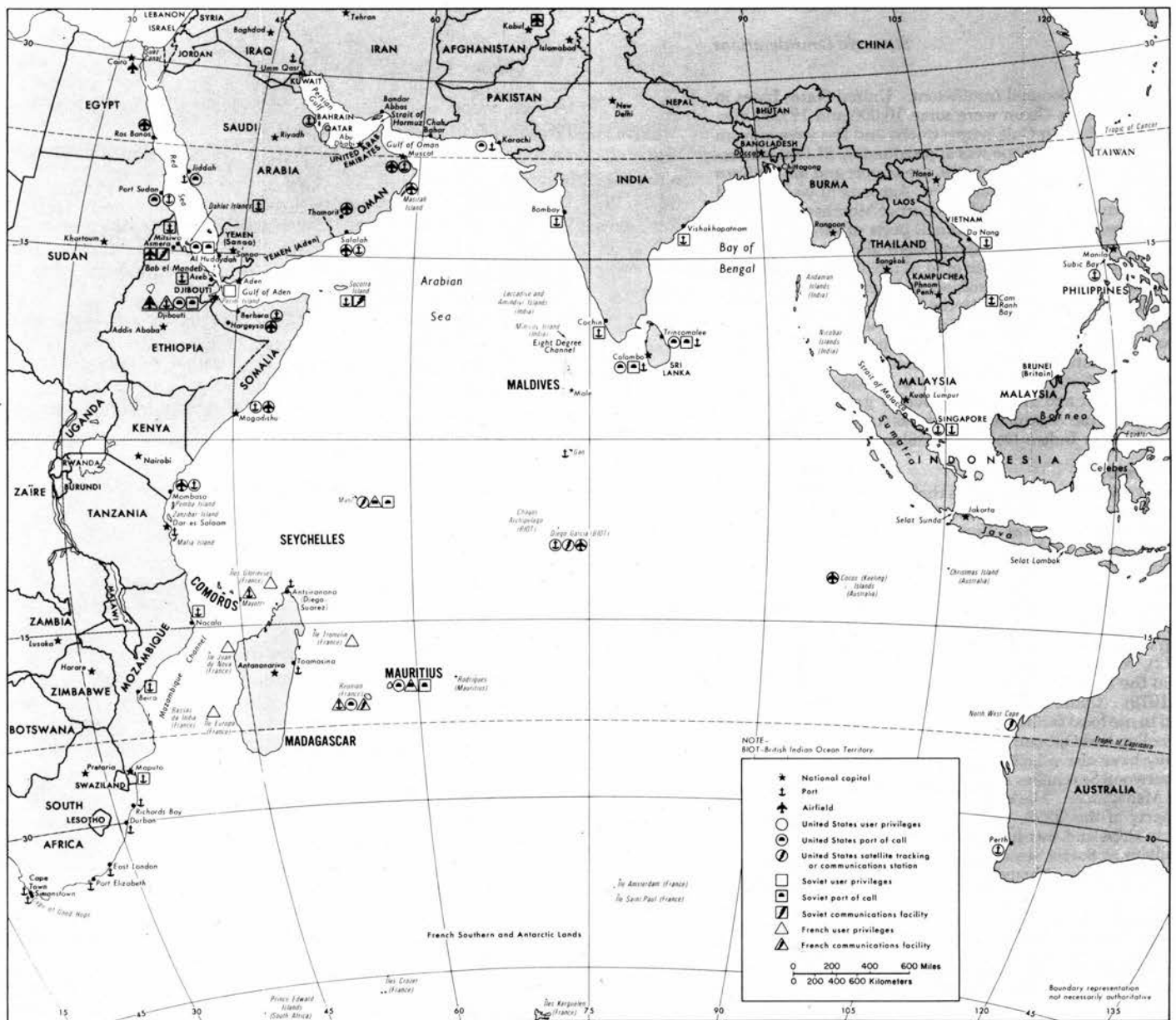
Nach Untersuchungen einer Studiengruppe der Carnegie-Stiftung und des Indischen Rates für Kulturbeziehungen (›Report of the Indo-American Task Force on the Indian Ocean‹, Neu-Delhi und Washington 1985) umfaßte im Jahre 1984 die im Indischen Ozean und seinen natürlichen Erweiterungen (Persisch-Arabischer Golf, Golf von Oman, Rotes Meer und Golf von Aden) dislozierte amerikanische Seestreitmacht im Durchschnitt 26 bis

28 Schiffe, während die Sowjetunion dorthin zwischen 23 und 25 Schiffen (das ›Sowjetische Geschwader des Indischen Ozeans‹, SOVINDRON) entsandt hatte. Diese Zahlen, die seitdem abgenommen haben, bedeuteten zum damaligen Zeitpunkt eine wichtige Verminderung im Verhältnis zum April 1980, dem Zeitpunkt der größten Konzentration der amerikanischen Marine, und im Verhältnis zum Februar 1978, dem Jahr, in dem mit 35 Schiffen sowjetischerseits der Höhepunkt erreicht worden war. Im Verlauf ihrer Gespräche über eine Begrenzung ihrer Präsenz im Indik in den Jahren 1977 und 1978 – Gespräche, die seither unterbrochen sind –, hatten Sowjets und Amerikaner den Wunsch geäußert, auf das Niveau ihrer vorherigen Präsenz zurückzugehen: 18 bis 20 sowjetische Schiffe und 3 amerikanische Schiffe, die im Rahmen der ›Mideast Force‹ ständig dort stationiert sind, dazu der Besuch von drei Flotteneinheiten im Jahr für Aufenthalte von jeweils 35 bis 65 Tagen.

Die Sowjets besitzen keine eigentlichen Stützpunkte im Indik, sondern lediglich militärische Nutzungsrechte in Äthiopien (Dahlak-Archipel im Roten Meer), im Demokratischen Jemen (Süd-Jemen) und auf der südjemenitischen Insel Sokotra am Eingang des Roten Meeres. Der Indische Ozean stellt für die sowjetischen Schiffe die einzige Durchfahrt dar, um ihre europäischen und asiatischen Häfen zu jeder Jahreszeit miteinander verbinden zu können. Moskau nimmt an, daß die amerikanischen Seestreitkräfte auf die Unterstützung von britischen, australischen und vor allem französischen Streitkräften rechnen können, die im Indischen Ozean stationiert sind. Allein 4000 französische Soldaten stehen ständig in Dschibuti, dazu kommt die am Zugang zum Golf und Roten Meer dislozierte Flotte. Die Inder ihrerseits meinen, daß man in diese Berechnung alle verfügbaren Streitkräfte einbeziehen müsse, also nicht nur die Schiffe, die in den verschiedenen Gewässern des Ozeans kreuzen, sondern auch die Schnelleingreif-Kräfte, die dazu bestimmt sind, im Krisenfall rasch an den Ort des Geschehens befördert zu werden. Ausdrücklich unterstreichen die Inder, daß die amerikanische Basis von Diego Garcia drei befahrbare Container-Schiffe besitzt, die Panzer und Waffen an Bord haben, und daß 17 weitere für eine mögliche Entsendung vorgesehen sind. Dazu muß man auch die Basen und die militärischen Nutzungsrechte rechnen, die von Kenia, Oman und Somalia eingeräumt werden, und in diesem Zusammenhang muß auch vom CENTCOM die Rede sein.

1989 ist für die Vereinigten Staaten das erste Jahr, in dem die dem ›US Central Command‹ (CENTCOM) unterstellte Truppe von ungefähr 600 000 Mann voll einsatzfähig sein soll. Die Schaffung des CENTCOM im Jahre 1983 scheint durch die Bedrohung bestimmt worden zu sein, die für die Vereinigten Staaten nicht nur die sowjetische Seestreitmacht im Indik, sondern auch die starke Konzentrierung von Land- und Luftstreitkräften in Transkaukasien auf dem Höhepunkt des Afghanistankonflikts darstellte. Die Vereinigten Staaten haben damals ihre verstärkte militärische Präsenz im Indischen Ozean mit dem Risiko begründet, das diese Konzentration sowjetischer Kräfte für die Versorgung der ›freien Welt‹ mit Rohöl bedeute.

Das CENTCOM ist die erste vereinigte militärische Kommandobehörde mit regionaler Zuständigkeit, die seit 35 Jahren geschaffen wurde. Sie deckt 19 Länder ab: Ägypten, Äthiopien, Afghanistan, Bahrain, Dschibuti, Irak, Iran, Jemen (Arabische Republik), Jemen (Demokratischer), Jordanien, Katar, Kenia, Kuwait, Oman, Pakistan, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan und die Vereinigten Arabischen Emirate. Aber ihr Einsatzgebiet ist der Indische Ozean selbst, und die mehreren Dutzend Länder, die ihn umgeben, sind möglicherweise von ihren Aktionen betroffen. Das CENTCOM ist der direkte Erbe der Schnellen Eingreiftruppe, die im März 1980 als Folge des Sturzes des Schah in Iran und der Schwächung des amerikanischen Einflusses in der Region geschaffen wurde. Von damals bis zum Jahre 1988 sind 14 Mrd Dollar zur Schaffung von militärisch nutzbaren Einrichtungen und Basen für die Dislozierung amerikanischer Streit-



Quelle: Frederica Mbunge (ed.), *Indian Ocean. Five Island Countries*, in: *Foreign Areas Studies*, Washington (The American University) 1982.

kräfte in der Region aufgewandt worden; es handelt sich dabei um das größte militärische Investitionsvorhaben, das die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Vietnamkrieges in Angriff genommen haben. Der damalige amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger unterstrich 1985 die Notwendigkeit, »Zugang zu verschiedenen Häfen und Flughäfen zu erhalten«, die im Operationsraum des CENTCOM liegen. Das bezog sich vor allem auf die Basis von Ras Banas in Ägypten. 1981 schon dürfte Israel seine Zustimmung gegeben haben zur Benutzung der Militärbasis von Aitan durch amerikanische Streitkräfte (als Zwischenlandeplatz auf dem Wege nach Saudi-Arabien). Somit würden drei Tage ausreichen, um über Israel Truppen nach Saudi-Arabien zu transportieren. In Oman können die Amerikaner über die Basis von Masira sowie über die Militärflughäfen von al-Khasab, Thumrait, Salala und Seeb für Operationen in den südlichen Teil der Zone verfügen. Saudi-Arabien wird, ohne formell Militärstützpunkte einzuräumen, im Krisenfall seine Zustimmung geben, um die amerikanischen Streitkräfte zu unterstützen. Der Dreh- und Angelpunkt aber bleibt die Basis von Diego Garcia auf den Tschagosinseln, einem seitens der Kolonialmacht

vor der Unabhängigkeit von Mauritius abgetrennten Gebiet, das 1968 unter britischer Souveränität verblieb. Seit 1972 ist Diego Garcia von den Briten an die Amerikaner verpachtet; von hier aus kann eine eventuelle Dislozierung amerikanischer Streitkräfte über große Entfernungen sichergestellt werden, selbst wenn noch nicht alle Probleme des Nachschubs wegen der abgeschiedenen Lage des Archipels gelöst sind. Die Verstärkung der amerikanischen Basen in der Nähe des Golfes und derjenigen in Pakistan bleibt unter diesem Gesichtspunkt ein wichtiges Ziel. Neuer Befehlshaber des CENTCOM ist General Henry Schwarzkopf, der sich kürzlich in Somalia, Dschibuti und in der Arabischen Republik Jemen aufgehalten hat. Die Vereinigten Staaten, die häufig von Neu-Delhi wegen ihrer Präsenz in Diego Garcia angegriffen werden, erwidern darauf, daß Indien ihnen stillschweigend das Recht aberkenne, im Indischen Ozean präsent zu sein (unter dem Vorwand, daß die USA ab 1979 zur größten Seemacht geworden sind). Sie betonen, daß so das Prinzip, nach dem die beiden Supermächte ein legitimes Recht darauf haben, militärisch in der Region präsent zu sein, nach und nach verloren gehe. Mehrere Staaten der Region – ebenso die Sowjetunion – be-

fürchten seit einiger Zeit, daß die Vereinigten Staaten U-Boote mit ballistischen Nuklearwaffen kreuzen lassen. In der jüngsten Vergangenheit ist geschätzt worden, daß die Anzahl derartiger von den Sowjets beziehungsweise von den Amerikanern entsandten Unterseeboote, die sich von einfachen U-Booten sehr unterscheiden, zwischen einem und vier variiert. Die Amerikaner haben immer zu verstehen gegeben, daß sie nicht beabsichtigten, im Indischen Ozean U-Boot-gestützte ballistische Flugkörper (SLBM) zu stationieren, während die Sowjets und die Inder den Verdacht äußerten, daß gewisse Einrichtungen der Basis von Diego Garcia nur zu diesem Zweck erstellt worden sind. Die Fachleute nehmen außerdem an, daß die Sowjets 1977 die Verhandlungen über den Indischen Ozean eröffnet haben, um eine solche Dislozierung von SLBM durch die Amerikaner zu verhindern, denn die neuen Raketentypen (das System Trident C-3) ermöglichen es, das sowjetische Territorium vom Indischen Ozean aus zu treffen. Seitdem scheinen sich die Sowjets sicher zu sein, daß die Amerikaner eine Stationierung von SLBM in diesem Ozean nicht mehr beabsichtigen. Dies erklärt zum großen Teil die relative Verringerung der sowjetischen Militärpräsenz im Indischen Ozean seit einigen Jahren.

Der Vertragsentwurf von 1978 sah vor, daß keine der beiden Supermächte im Indischen Ozean über »Einrichtungen zur Unterstützung eines Aufmarschs von U-Booten« verfügen solle, anscheinend also von U-Booten, die mit ballistischen Kernwaffen ausgerüstet sind. Andererseits hatten Inder und Sowjets die Furcht, daß mit der Initiative zur Strategischen Verteidigung (dem »Krieg der Sterne«) der Indische Ozean eine neue strategische Rolle spielen sollte, vor allem was das Abfangen von Satelliten auf niedriger Umlaufbahn betrifft.

Die Forderung nach einer Zone des Friedens

Vor diesem Hintergrund des gegenwärtigen militärischen Kräfteverhältnisses im Indik erscheint ein Rückblick auf die gegenläufigen – auf einen Abbau der Militärpräsenz gerichteten – Ansätze angebracht. Die damalige Premierministerin von Sri Lanka, Sirimavo Bandaranaike, ergriff 1964 und dann 1970 Initiativen, die darauf abzielten, eine Zone des Friedens zu schaffen, »aus der die Rivalitäten und der Wettstreit zwischen den Großmächten ebenso wie die Militärbasen« ausgeschlossen sein sollten. Indien trug dazu bei, den Vereinten Nationen einen ähnlichen Antrag zur Abstimmung zu unterbreiten. Dabei handelte es sich um die Resolution 2832(XXVI) der Generalversammlung (Text: VN 4/1975 S.122), die am 16. Dezember 1971 ohne Gegenstimmen mit 61 Stimmen bei 55 Enthaltungen, darunter denen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Frankreichs und Großbritanniens, angenommen wurde. Diese Resolution, die 1972 und seither immer wieder bestätigt wurde, bestimmte den Indischen Ozean »für alle Zeiten« zur Zone des Friedens und sah zwei Phasen für ihre Realisierung vor: als ersten Schritt die Vereinbarung, die Ausweitung der militärischen Präsenz der Großmächte im Indischen Ozean zu stoppen; der zweite Schritt, der als Ergebnis von Beratungen der Betroffenen erreicht werden sollte, hatte das Ziel, alle Basen und andere Bekundungen militärischer Präsenz dieser Mächte zu beseitigen. Ein von drei Experten, darunter von Krishnaswami Supramaniam, dem Direktor des Instituts für Verteidigungsstudien in Neu-Delhi, erstellter Bericht zog – wie Dieter Braun (Der Indische Ozean und die Vereinten Nationen, VN 4/1975 S.104ff.) berichtet – heftige Kritik auf sich, blieb aber letztlich ohne Folgen.

Seit 1975 haben die Anstrengungen dann zum Vorhaben der Einberufung einer internationalen Konferenz über den Indischen Ozean geführt, an der etwa 50 Staaten als Hauptbetroffene teilnehmen sollen: Anlieger- und Hinterlandstaaten sowie Länder, deren Handelsflotten regelmäßig den Ozean überqueren. Als Ort für die Konferenz wurde Colombo bestimmt, aber das Datum des Treffens ist auf Grund der Haltung der drei westlichen

Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats von Jahr zu Jahr verschoben worden, »solange ein Staat der Region« (Afghanistan) »von einer auswärtigen Großmacht besetzt« sei. Im vergangenen Jahr ist das Datum für die Einberufung auf 1990 festgesetzt worden, wobei in der entsprechend verfügenden Resolution 43/79 (Text: S.104f. dieser Ausgabe) auch in Erinnerung gebracht wurde, daß im Juli 1989 ein Treffen der Anrainer- und Hinterlandstaaten schon ein Jahrzehnt zurückliegen wird.

Tatsächlich hat das Interesse der Anrainerstaaten selbst an der Resolution des Jahres 1971 beträchtlich abgenommen, da die meisten Staaten der Region die Präsenz von zumindest einer der beiden Supermächte in der Region als notwendig für ihre Sicherheit ansehen, wie besonders die Golfkrise und die Bitte Kuwaits um Schutz seiner Tanker durch die Vereinigten Staaten gezeigt haben. Pakistan sieht in der Präsenz der USA einen Schild gegen indisches Hegemoniestreben. Die Regierungsübernahme von Benazir Bhutto und ihr jüngstes Treffen mit Rajiv Gandhi haben die Gegebenheiten nicht grundlegend geändert, und die pakistanische Armee hat ihren Einfluß auf die neue Regierung in Islamabad vollständig behalten. Im Jahre 1975 hatte Sri Lanka vor den Vereinten Nationen erklärt: »Wenn wir Satan verjagen, dann nicht deshalb, um Beelzebub einzulassen und einem Anliegerstaat zu erlauben, den Platz der Großen einzunehmen.«

Indien scheint in seinen Bemühungen, die auswärtigen Mächte vom Indischen Ozean fernzuhalten, einsamer denn je. Vergeblich hatte es noch 1985 die Schaffung eines Komitees der Blockfreien angeregt, das eine Alternative zu der von den Vereinten Nationen immer wieder verschobenen Konferenz bieten sollte. Seit Juli 1987 scheint Indien einen realistischeren Weg eingeschlagen zu haben: Im Zusammenhang mit dem Vertrag zwischen Indien und Sri Lanka scheint es die Präsenz der Amerikaner in Diego Garcia und im Golf akzeptiert zu haben – im Gegenzug zu ihrem Abschied von Ceylon (Verzicht auf einen Sender der »Stimme Amerikas« und auf Öltanks im Hafen von Trincomali). Abweichend von dem, was sich zwischen 1971 und 1983 zugetragen hat – einer Zeit, in der kein amerikanisches Kriegsschiff die Erlaubnis hatte, in indische Häfen einzulaufen (in Anwendung der Resolution 2832 der UN-Generalversammlung hätte es gegenüber Neu-Delhi nachweisen müssen, daß es nicht nuklear bestückt und nicht über Diego Garcia gekommen sei) – sind zahlreiche amerikanische Schiffe zwischen 1984 und 1987 in indischen Häfen vor Anker gegangen. Diese Entspannung rührt im wesentlichen daher, daß »auch die Vereinigten Staaten Indien die Rolle einer dominierenden Regionalmacht zwischen den Seschellen und der Malakkastraße zubilligen«, wie es im Januar 1988 die »Indian Post« formulierte. Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, daß Washington Neu-Delhi für seine Interventionen in Sri Lanka (im Juli 1987) und auf den Malediven (im November 1988) beglückwünscht hat.

Stärke und Interessen Indiens

Die sowjetische Politik gegenüber Indien und dem Indischen Ozean unter Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow ist anläßlich eines Aufenthalts von Gorbatschow in Wladiwostok im Juli 1986 klar definiert worden; noch präziser wurde sie in einer Rede, die Gorbatschow im folgenden November vor dem indischen Parlament gehalten hat, umrissen. Nach einem Plädoyer zugunsten der Konferenz zur Umgestaltung des Indischen Ozeans in eine Friedenzone erklärte Gorbatschow feierlich, daß die Sowjetunion bereit sei,

»mit den Vereinigten Staaten und anderen Nicht-Anliegerstaaten, deren Kriegsschiffe ständig den Indischen Ozean befahren, Verhandlungen über eine Reduzierung der Aktivitäten der Seestreitkräfte zu beginnen; mit den Vereinigten Staaten und den interessierten asiatischen Staaten Maßnahmen des Vertrauens im militärischen Bereich zu besprechen, die die Regionen in der Nähe dieses Ozeans betreffen; teilzunehmen an multilateralen Verhandlungen von allen Staaten, die die Wasser dieses Ozeans nutzen, um die Sicherheit der maritimen Kommunikationswege zu garantieren.«

Wie André du Castel, Forschungsdirektor eines renommierten Instituts (Centre des hautes études sur l'Afrique et l'Asie modernes), kürzlich in einem Artikel betont hat, läuft dieser Vorschlag darauf hinaus, eine Art von privilegiertem Dialog zwischen den beiden Supermächten zu eröffnen:

»Diesem neuen Direktorium hätten sich auf der einen Seite Frankreich und Großbritannien anzuschließen, um über eine Reduzierung ihrer Marineaktivitäten in der Region zu verhandeln, auf der anderen Seite Indien sowie einige Regionalmächte, um sich gegenseitig über Manöver und Verlegungen ihrer Kräfte zu informieren. Auf diese Weise sieht sich Indien mit der Vollmacht ausgestattet, seine Bedürfnisse im Bereich der Flotte selbst festzulegen, und erwirbt in der Region eine Position, die der der Vereinigten Staaten oder der Sowjetunion ähnelt. Letztere billigt ihm im Indischen Ozean den Rang einer Großmacht zu.«

Es ist eine Tatsache, daß die Ambitionen Indiens heute im Mittelpunkt der Debatte über eine Entmilitarisierung im Indischen Ozean stehen.

In ihrem Buch *«L'ambition de l'Inde»*, das 1988 erschien, stellen Jean-Alphonse Bernard und Michel Pochoy die Frage, ob es ein indisches Hegemoniestreben gibt oder ob die Interventionen Neu-Delhis in der Region nur das Ziel haben, die auswärtigen Mächte fernzuhalten. Für die beiden Autoren des Buches ist die Existenz eines indischen Hegemonismus offensichtlich. Für Neu-Delhi kann in der Nachbarschaft die einzig akzeptable Militärhilfe nur eine indische sein. Das Übereinkommen vom 27. Juli 1987 untersagt der Regierung von Sri Lanka jede militärische Unterstützung, jede Bereitstellung von Hafenanlagen (Trincomali) oder militärischen Nutzungsrechten welcher Art auch immer, die den Interessen Indiens Schaden zufügen könnten. Vor allem hat Indien dafür Sorge getragen, daß der Südasiatische Verband für regionale Zusammenarbeit (SAARC) im Gegensatz zu seinem Pendant, dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), keinerlei Zuständigkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Außenpolitik hat. Bemüht sich Indien darum, eine Weltmacht zu werden? Die Frage stellt sich, und es besteht kein Zweifel, daß Indien jedenfalls bemüht ist, sich die Mittel dafür, insbesondere auf dem Gebiet der Nuklearkapazität und der Seemacht, zu beschaffen.

Indien und Pakistan haben beide die Schwelle zur Nuklearmacht erreicht. Nach Ansicht von indischen Fachleuten wird sich Indien, wenn es eine nukleare Militärmacht wird – wahrscheinlich gegen Mitte der neunziger Jahre – nicht mit einem Klappsitz in dem von den fünf Kernwaffenmächten etablierten Club begnügen. Andererseits steht die indische Marine heute an achter Stelle in der Welt und wird Indien bald in die Lage versetzen, seinen Einfluß nicht nur auf seine unmittelbaren Nachbarn, sondern auf den gesamten Indik auszudehnen. Es stellt sich die Frage, so Jean-Alphonse Bernard, »ob zu diesem Zeitpunkt Indien in diesem Ozean zum Agenten Moskaus wird, oder ob es sich bemüht, dort seine Politik der Nichtpräsenz Gebietsfremder anzuwenden, die es bereits in seiner Einflußzone praktiziert«. Was wäre in diesem Fall die Haltung Moskaus? Man weiß, daß die indische Marine im letzten Jahr einen zweiten Flugzeugträger angeschafft hat. Indien wird zur Pacht ein erstes sowjetisches U-Boot mit Atomtrieb erhalten und hat ein langfristiges Entwicklungsprogramm eingeleitet, das sich an mehr als nur einem Punkt an einem einschlägigen französischen Programm orientiert. Man weiß auch, daß Indien ein ebenfalls sehr ehrgeiziges Weltraumprogramm unterhält. Und seit dem 22. Mai 1989 gehört Indien zu den Mächten, die über eine einsatzbereite Mittelstreckenrakete größerer Reichweite verfügen. An diesem Tage wurde eine von indischen Wissenschaftlern und Technikern entwickelte zweistufige Rakete mit einer Reichweite von etwa 2500 Kilometern erfolgreich über dem Golf von Bengalen getestet. Die 7,5 Tonnen schwere Rakete *«Agni»* (*«Feuer»*) kann eine Nutzlast von einer Tonne tragen und wäre also ohne weiteres für das Verschießen von Atomsprenköpfen geeignet. Zwar versicherte Premierminister Gandhi sofort, diese Rakete sei für Indien ein Forschungs- und Entwick-

Die persönliche Meinung

Recht auf Asyl

1948 hielt Adrian Pelt, aus den Niederlanden stammender Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen, in München einen Vortrag. In der anschließenden Diskussion stellte der damalige bayerische Flüchtlingsbeauftragte Wolfgang Jaenicke die Frage, ob das deutsche Flüchtlingsproblem vor die Uno gebracht werden könne. Pelt antwortete, daß dies eine Möglichkeit sei. Seither hat sich einiges geändert. Damals bestand Hoffnung, die in der Folge des Zweiten Weltkrieges entstandenen Flüchtlingsprobleme bald endgültig lösen zu können. Denn damals hoffte man auf eine Sicherung des Friedens in der Welt. Doch seither hat es über 160 Kriege – zumeist Bürgerkriege – gegeben. Die Verfolgungen von ethnischen, religiösen und politischen Gruppen nehmen kein Ende. Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hat inzwischen etwa 15 Millionen Flüchtlinge zu betreuen. Vor allem aber: Damals waren wir Deutschen diejenigen, die Hilfe suchten. Heute sind wir einer der reichsten Staaten der Welt und eine der wichtigsten Vertragsparteien der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951.

Heute erwartet man in der Welt Hilfe von uns. Wir aber geben uns seit geraumer Zeit einer bizarren und schädlichen internen politischen Diskussion über Asylfragen hin. Von zu vielen Politikern schon wurde aus parteitaktischen Gründen mit hetzerischem Vokabular (bis hin zu unverhohlener Fremdenfeindlichkeit und Rassendiskriminierung) sowie mit exzessiven und damit irreführenden Darstellungen vom Mißbrauch des Asylrechts und von der Größenordnung der Probleme in der Öffentlichkeit eine Stimmungslage erzeugt, die für eine sachgerechte Behandlung der Probleme hinderlich ist. Doch gibt es seit kurzem Anzeichen, die Hoffnung auf eine Versachlichung der maßgeblichen öffentlichen Diskussion geben. Drei Bereinigungen sind nun geboten:

- Die Forderung nach einer Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes (*«Politisch Verfolgte genießen Asylrecht»*) muß fallen gelassen werden. Die ihr zugrundeliegende Behauptung, der Art. 16 GG erleichtere den Zugang zum Asyl in der Bundesrepublik, ist falsch. Richtig ist, daß die im Laufe der Jahre entwickelte Rechtspraxis diesen Zugang zu einem Nadelöhr gemacht hat.

- Das Übereinkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (bekannt als Genfer Flüchtlingskonvention) muß wieder – so wie früher – Teil der Grundlage für die Verfahren zur Gewährung von Asyl werden. Seit etwa sechs Jahren werden Asylverfahren nur noch nach nationalem Asylrecht (Art. 16 GG) durchgeführt. Damit wird zwar von einem besonders starken, nämlich grundrechtlichen, Anspruch auf Asyl ausgegangen, aber dieser Anspruch wird eben in sehr viel engeren Grenzen anerkannt, als sie für den (rechtlich schwächeren) Asylanspruch nach der Genfer Konvention bestehen. Im Ergebnis kann auch der nach Art. 16 GG abgelehnte Asylbewerber zwar in der Bundesrepublik Deutschland bleiben, aber mit weniger Rechten, als sie ihm bei einer Anwendung der Genfer Konvention gewährt würden.

- Die europäische Zusammenarbeit in der Asylfrage darf sich nicht auf den EG-Bereich beschränken, sondern muß alle mit der Asylthematik befaßten europäischen Staaten umfassen. Auch sie muß auf der Genfer Konvention fußen (die in den anderen Staaten ohnehin die vorrangige Grundlage für die Problembewältigung ist). Und sie ergibt nur Sinn, wenn sie die Gesamthematik behandelt, also sowohl den berechtigten als auch den mißbräuchlichen Anspruch auf Asyl. Bei den gegenwärtig unter dem Rubrum *«europäische Zusammenarbeit»* von der Bundesrepublik mit vier anderen EG-Staaten geführten Geheimgesprächen scheint es hingegen nur darum zu gehen, gemeinsame Maßnahmen zur Abwehr von unerwünschten Ausländern aller Art, einschließlich von Asylbewerbern, zu beschließen.

Kurz: Das provinzielle innerpolitische Taktieren und das gefährliche politische Spiel mit dumpfen Emotionen muß – allein schon in unserem eigenen Interesse an politischer Hygiene – schnell beendet werden. Der hohe moralische, humanitäre und außenpolitische Rang der Asylfrage muß auf der Grundlage der Genfer Konvention wiederhergestellt werden. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihren internationalen Verpflichtungen voll in dem Umfange gerecht werden, der sich aus ihrer Stellung in der Welt und aus ihrem eigenen Anspruch auf internationale Mitsprache ergibt.

Hans Arnold □

lungsprojekt und kein Waffensystem. Er fügte jedoch hinzu, die Rakete sei ein wirkungsvolles Instrument zur Abschreckung potentieller Gegner.

Ausblick

Die Zukunft des Indik hängt, zumindest teilweise, von den neu erworbenen Fähigkeiten einiger Anliegerstaaten in den Bereichen ab, die früher den Industriestaaten vorbehalten waren. Am 20. Mai 1989 hat der Chef des amerikanischen Geheimdienstes CIA, William H. Webster, zum ersten Mal vor dem amerikanischen Kongreß bestätigt, daß Pakistan dabei ist, Nuklearfähigkeit zu entwickeln, während Indien mit Forschungen begonnen hat, die dazu dienen könnten, thermonukleare Waffen herzustellen. Webster fügte hinzu, daß die Forschungsprogramme in Sachen Raketen und Kernkraft, die von Islamabad und Neu-Delhi durchgeführt werden, alle Zeichen eines Wettlaufs tragen. Nach amerikanischem Gesetz darf Pakistan keine Hilfe von den Vereinigten Staaten erhalten, wenn nicht der amerikanische Präsident dem Kongreß jährlich nachweist, daß Islamabad keine Kernwaffen besitzt. Aber bisher haben die Vereinigten Staaten, trotz deutlicher gegenteiliger Anzeichen, immer die Augen verschlossen aus Gründen ihrer Interessen in Pakistan, einem Land, das im Bedarfsfall Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung stellt und zugleich die wichtigste Etappe der afghanischen Aufständischen (sowie Transitgebiet für deren Nach-

schub) darstellt. Und Pakistans Regierungschefin Benazir Bhutto versäumte es bei ihrem Washington-Besuch Anfang Juni selbstverständlich nicht, dem US-Präsidenten wie dem Kongreß zu versichern, daß ihr Land Kernwaffen weder besitze noch bauen wolle.

Der Indische Ozean – eine Zone des Friedens? Auf den ersten Blick begünstigen die internationale Entspannung und der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan die Einberufung einer Konferenz der Vereinten Nationen über dieses Thema im Jahre 1990 in Colombo. Die Tatsache, daß der Ad-hoc-Ausschuß auf seiner Tagung im April dieses Jahres keine erneute Verschiebung dieser Konferenz vorgeschlagen hat, spricht für sich. Es bleibt abzuwarten, welche Folgen der Fortgang des sowjetisch-amerikanischen Dialogs haben wird, denn es ist offensichtlich, daß alles von diesem Dialog abhängt, so wie es im Mai auch der chinesische Führer Deng Xiaoping erkannt hat. Nun ist aber der neue amerikanische Präsident George Bush der Ansicht, daß man den Frieden nicht garantieren kann, indem man im Bereich der Abrüstung jegliche Vorsicht außer acht läßt. Wenn hier aber tragfähige Kompromisse erzielt werden, so kann man auch eine baldige Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen, nach elf Jahren der Unterbrechung, zwischen den beiden Großmächten über eine Reduzierung ihrer Streitkräfte im Indischen Ozean nicht ausschließen. Sollte es dazu nicht kommen, wird es wohl beim Status quo in der Region – und auch hinsichtlich der Erfolgchancen einer Konferenz – bleiben.

Noch weit vom Ziel

Gedanken über die UN-Vermittlung in Afghanistan

RÉMY GORGÉ

Von der »Rückstufung des Afghanistankonflikts auf die innenpolitische Ebene« war, in den Worten von Pierre Simonitsch, vor einem Jahr in dieser Zeitschrift die Rede – anlässlich der in Genf stattgehabten Unterzeichnung des Vertragswerks über eine politische Lösung des Konflikts (Sechs Jahre Verhandlungen und ein fragwürdiges Ergebnis, VN 3/1988 S. 73ff.). In der Tat ist unmittelbar nach dem Rückzug der sowjetischen Truppenverbände die zweite Runde des Krieges angebrochen. Die Verantwortung der Afghanen für ihre Geschicke wird allenthalben betont, doch sind weder die Garantiemächte der Genfer Vereinbarungen (die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten) noch die Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit aller Verpflichtungen ledig. Angesichts des täglichen Sterbens, das nunmehr ausschließlich Sache der Afghanen ist, greifen freilich die Anstrengungen des von Prinz Sadruddin Aga Khan namens der Vereinten Nationen koordinierten »Unternehmens Salam« für den Wiederaufbau des Landes noch nicht, und die Tätigkeit der Beobachtergruppe UNGOMAP hat ohnehin eine eng begrenzte Reichweite. Die Resolution 43/20 der Generalversammlung (Text: S.103 dieser Ausgabe) ist längst noch nicht in all ihren Aspekten verwirklicht; der in diesem Heft abgedruckte Aufruf des UN-Generalsekretärs an die Afghanen vom 14. April hat bislang nicht zum Erfolg geführt; die Debatte schließlich, die zwischen dem 11. und 26. April im Sicherheitsrat stattfand, fügte der innerafghanischen Auseinandersetzung nur einen heftigen Schlagabtausch auf der internationalen diplomatischen Ebene hinzu.

I

Seit Monaten tobt in Afghanistan ein mörderischer Bürgerkrieg, dem täglich unzählige bedauernswerte Unschuldige zum

Opfer fallen und der neue Flüchtlingsströme auslöst. Es wurde berichtet, daß an einem Tag bis zu 15 000 Geschosse im umkämpften, zwischen Khaiberpaß und Kabul gelegenen Jalalabad einschlugen. Besonders schmerzlich dabei ist, daß diese grausame und unerbittliche Auseinandersetzung zwischen den islamischen Widerstandskämpfern, den Mudschahedin, und der Demokratischen Volkspartei (DVPA) Najibullahs vorauszusehen war, sogar mit aller Deutlichkeit vorausgesagt wurde und daher vorbestimmt war. Erklärte nicht der pakistanische Außenminister Yakub Khan schon 1982, wie Selig Harrison in der Zeitschrift »Foreign Policy« vom Herbst 1988 (»Inside the Afghan Talks«) erwähnt, daß – nach dem Abzug der Sowjets – Politik und ein »bißchen Bürgerkrieg« die Lage schon bereinigen würden? Merkte nicht der UN-Vermittler Diego Cordovez an, wie Pierre Simonitsch in VN 3/1988 berichtet, daß der Bürgerkrieg zur Lebensweise der Afghanen gehöre? Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist Olivier Roys Urteil in Folge 9/1988 des außenpolitischen Fachorgans »Europa-Archiv« (»Afghanistan vor einer ungewissen Zukunft«), demzufolge die am 14. April 1988 in Genf unterzeichneten Abkommen »kein Friedensvertrag« waren, sondern im wesentlichen dazu gedient hätten, Moskau den »Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan« unter Wahrung des Gesichts zu ermöglichen:

»Jedermann bereitet sich auf die zweite Runde vor, die eine Rückkehr zur Lage vom Jahr 1979 vor der sowjetischen Invasion ist: zu einem Bürgerkrieg zwischen den Mudschahedin und den Kommunisten, den die Mudschahedin zweifellos gewinnen werden.«

Unleugbar finden die Genfer Afghanistan-Abkommen kaum mehr Anwendung. Sie wären völlig in Vergessenheit geraten, wenn nicht ab und an Moskau und Kabul daran erinnerten, daß